

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Ehrenamt vor Ort durch Bezirkliche Beauftragte stärken und fördern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass noch im Jahr 2018 in allen Berliner Bezirken zur Stärkung und Förderung des Ehrenamtes Bezirkliche Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement ihre Arbeit aufnehmen können.

Die Arbeit der Bezirklichen Beauftragten ist über den Landeshaushalt finanziell abzusichern. Dafür ist ein spezieller Haushaltstitel einzuführen.

Darüber hinaus ist mit den Bezirken eine verbindliche Übereinkunft über den Aufgabenumfang, die Stellung und die Ausstattung der Bezirklichen Ehrenamtsbeauftragten abzustimmen, um flächendeckend vergleichbare Bedingungen für deren Arbeit zu garantieren.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals Ende 2017 zu berichten.

Begründung:

Um die Ehrenamtsarbeit vor Ort zu fördern und zu stärken hat sich die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, in den Bezirken Bezirkliche Ehrenamtsbeauftragte zu etablieren. Das ist notwendig, da es seit Jahren keine abgestimmte Engagementstrategie zwischen dem Senat und den Bezirken gibt. Dies führt zu Planlosigkeit bei Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Das wiederum erzeugt hohe Frustration bei den Bürgern, sodass in diversen Bereichen seit Jahren keine Fortschritte in der Engagementarbeit zu spüren sind.

Vor diesem Hintergrund ist die Einführung des Amtes eines Bezirklichen Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement ein besonders wichtiger Baustein zur Stärkung für das Ehrenamt vor Ort, das muss zügig angegangen werden. Der Senat wird deshalb aufgefordert, den Prozess umgehend in die Wege zu leiten, damit noch im Jahr 2018 die Bezirklichen Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement ihre Arbeit aufnehmen können.

Um jedoch erfolgreich agieren zu können, müssen die Bezirklichen Beauftragten finanziell abgesichert sowie eine Einigung über deren Stellung und Aufgaben erreicht werden. Nur vergleichbare Ausgangsbedingungen für alle werden die notwendigen Grundlagen schaffen.

Berlin, den 5. September 2017

Graf Friederici Demirbükten-Wegner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU